

AMNESTY INTERNATIONAL Sektion der Bundesrepublik Deutschland e. V.
El Salvador-Koordinationsgruppe . Postfach 7123 . 71317 Waiblingen
T: +49 7151 28289 . F: +49 7181 43987 . E: info@ai-el-salvador.de
W: <https://www.amnesty.de> . <https://www.ai-el-salvador.de>
https://twitter.com/AI_El_Salvador
<https://www.facebook.com/AmnestyMenschenrechteElSalvador/>

SPENDENKONTO . Bank für Sozialwirtschaft
IBAN DE23 3702 0500 0008 0901 00 . BIC BFSWDE33XXX . Zweck: 2129



01. Juni 2020

EL SALVADOR: REPRESSION UND GEBROCHENE VERSPRECHEN – DAS NEUE GESICHT DES LANDES NACH EINEM JAHR DER REGIERUNG VON PRÄSIDENT BUKELE

Nach einem Jahr an der Regierung haben Nayib Bukele und seine Regierung nationale und internationale MenschenrechtsaktivistInnen in höchste Alarmbereitschaft versetzt. Sie schauen heute auf El Salvador mit großer Sorge, sagte Amnesty International heute.

"Vor einem Jahr verpflichtete sich Präsident Bukele, das Land in eine neue und bessere Richtung zu führen. Leider wurde diese Hoffnung durch das Verhalten seiner Regierung zunichte gemacht, mit dem die Menschenrechte in Gefahr gebracht wurden", sagte Erika Guevara-Rosas, Amerika-Direktorin bei Amnesty International.

REPRESSIVE MASSNAHMEN

Die derzeitige Situation unter COVID-19 hat einen Regierungsstil aufgedeckt, der, obwohl er innovativ zu sein scheint, letztlich nur auf die in El Salvador so häufig anzutreffenden repressiven und missbräuchlichen Taktiken der Vergangenheit zurückgreift.

Die Behörden haben mehr als 2.000 Menschen wegen angeblicher Verstöße gegen die Quarantänebestimmungen festgenommen und sie in "Zentren zur Eindämmung" des Virus festgehalten, die nicht den Mindeststandards für sanitäre Bedingungen und physischer Distanz entsprechen. Amnesty International hat juristische Dokumente geprüft, die bestätigen, dass einige Menschen nur deshalb inhaftiert wurden, weil sie ihre Häuser verlassen hatten, um Lebensmittel oder Medikamente zu kaufen. Darüber hinaus hat die Organisation audiovisuelles Material überprüft, das die schlechten Bedingungen in den Zentren offenbart.

"Vor einem Jahr verpflichtete sich Präsident Bukele, das Land in eine neue und bessere Richtung zu führen. Leider wurde diese Hoffnung durch das Verhalten seiner Regierung zunichte gemacht, mit dem die Menschenrechte in Gefahr gebracht wurden." Erika Guevara-Rosas, Amerika-Direktorin bei Amnesty International

**AMNESTY
INTERNATIONAL**



Amnesty International hat auch Personen befragt, die berichteten, dass sie infolge der Maßnahmen der Regierung zur Eindämmung der Pandemie Opfer von Menschenrechtsverletzungen wurden. Ein Jugendlicher berichtete, dass er nach seiner Gehaltsauszahlung Lebensmittel und Treibstoff kaufen gegangen sei, als ein Polizist ihn festnahm, schlug und zweimal in die Beine schoss.

Eine Menschenrechtsverteidigerin, die an Diabetes leidet, berichtete, dass sie festgenommen worden sei, als sie ihr Haus verlassen hatte, um Lebensmittel und Medikamente für ihr dreijähriges Kind zu kaufen. Bei der Festnahme habe ihr die Polizei versichert, dass sie nur einen COVID-19-Test machen würden und sie dann nach Hause zurückkehren könne. Jedoch wurde sie mehr als einen Monat lang in einem "Eindämmungszentrum" festgehalten, obwohl die Diagnose keine Virusinfektion ergeben hatte.

In einem anderen Fall berichtete ein 17-jähriger Junge, dass die Polizei ihn festgenommen habe, als er seine Arbeit auf einer Zuckerplantage verließ. Er und seine Familie berichteten, wie die Polizei ihn schlug und in ein Gefängnis brachte, ohne zu berücksichtigen, dass seine Arbeit zu den als systemrelevant eingestuften Tätigkeiten gehörte. In der Haftanstalt wurde er fast drei Tage lang zusammen mit Erwachsenen festgehalten, bevor er ohne Anklage freigelassen wurde.

"Diese Fälle zeigen deutlich, dass die Maßnahmen, die die Regierung unter dem Vorwand der Eindämmung der Pandemie ergreift, unverhältnismäßig sind. Infolgedessen sind viele Menschen einem unnötigen Risiko ausgesetzt worden, sich mit COVID-19 zu infizieren, und haben außerdem Verletzungen ihrer Rechte erlitten. Die Behörden haben die Pflicht, sie zu schützen und niemals ihre Rechte zu verletzen", sagte Erika Guevara-Rosas.

Darüber hinaus haben andere von Präsident Bukele ergriffene Maßnahmen die internationale Gemeinschaft wegen des schweren Rückschritts alarmiert, den sie darstellen könnten. Im Februar hielt der Ministerrat der Regierung eine außerordentliche Sitzung des Parlamentes ab, begleitet von einem [demonstrativen und unnötigen Militäraufmarsch](#) im Parlamentsgebäude. Außerdem wurde von in der Nähe stationierten Scharfschützen und Einschränkungen der Pressefreiheit berichtet.

Amnesty International sieht auch die öffentlichen Botschaften von Präsident Bukele mit Sorge, in denen er Menschenrechtsorganisationen diskreditiert, den Einsatz von Gewalt durch die Sicherheitskräfte suggeriert und zur Nichtbefolgung der Urteile der Verfassungskammer des Obersten Gerichtshofs aufruft.

GEBROCHENE VERSPRECHEN

Im Juni 2019 [traf sich eine Delegation von Amnesty International nach seiner Amtseinführung mit Präsident Bukele](#), um mit ihm über ernste Besorgnis bezüglich der Menschenrechtssituation im Land zu sprechen. Die Organisation drängte den Präsidenten, die repressiven Strategien der früheren Regierungen in der öffentlichen Sicherheit hinter sich zu lassen, einen organisierten Rückzug der Streitkräfte aus Aufgaben der öffentlichen Sicherheit sowie die Stärkung der nationalen Zivilpolizei in diesem Bereich zu gewährleisten.

"Während unseres Treffens verpflichtete sich der Präsident, eine andere Stimme in Zentralamerika zu werden. Die gegenwärtige Regierung hat jedoch für Schlagzeilen in den internationalen Medien gesorgt und die internationalen Organisationen mit ihrer Missachtung der Menschenrechte alarmiert", sagte Erika Guevara-Rosas.



Amnesty International stellt mit Besorgnis fest, dass die gegenwärtige Regierung nicht die Erfolge und Misserfolge der von früheren Regierungen durchgeführten Maßnahmen überprüft und bewertet, sondern darauf besteht, einen repressiven Ansatz zur Bekämpfung der Gewalt und zur Eindämmung von COVID-19 zu verfolgen.

„Dies ist der richtige Zeitpunkt für die gegenwärtige Regierung, ihre öffentliche Politik radikal zu ändern und einen signifikanten Wandel für die Menschenrechte herbeizuführen.“

Erika Guevara-Rosas, Amerika-Direktorin bei Amnesty International.

Im Februar nahm Amnesty International das Veto des Präsidenten gegen das Dekret zum Sondergesetz für Übergangsgerechtigkeit, Wiedergutmachung und nationale Versöhnung positiv zur Kenntnis, welches die Rechte der Opfer des bewaffneten Konflikts nicht vollständig garantierte. Amnesty International bedauert jedoch, dass dieses Veto nicht von klaren Maßnahmen begleitet wurde, wie z.B. der Veröffentlichung der Informationen in den Militärarchiven aus den Jahren des bewaffneten Konflikts, die dazu beitragen würden, Wahrheit, Gerechtigkeit und Wiedergutmachung für die Opfer zu garantieren.

„Dies ist der richtige Zeitpunkt für die gegenwärtige Regierung, ihre öffentliche Politik radikal zu ändern und einen signifikanten Wandel für die Menschenrechte herbeizuführen. Präsident Bukele muss aufhören, frühere Regierungen und andere staatliche Institutionen zu beschuldigen, er muss Verantwortung übernehmen und umfassende Lösungen entwickeln, um die Rechtsstaatlichkeit zu stärken und die historische Schuld, die die salvadorianischen Behörden gegenüber den Rechten der Bevölkerung haben, anzugehen“, sagte Erika Guevara-Rosas.

Unverbindliche Übersetzung: El Salvador-Koordinationsgruppe
Verbindlich ist das englische Original:

El Salvador: Repression and broken promises, the new face of the country after one year of President Bukele's government

<https://www.amnesty.org/en/latest/news/2020/06/el-salvador-repression-promesas-rotas-presidente-bukele/>

